

Begrüßung

Allgemeingut: Umweltrelevanten Ausgaben Bundeshaushalt nicht nur im Haushalt BMU

Weniger beachtet: Zahlen Haushalt bringen den Nutzen von Umweltpolitik für Lebensqualität und Volkswirtschaft nicht zum Ausdruck.

Investitionen in die Umweltpolitik haben eine ungeheuer hohe Rendite: Bessere Gesundheit, nachhaltigere Jobs, schönere Landschaften und vor allem geringere volkswirtschaftliche Kosten.

Die Ausgaben für Umweltpolitik, aber auch die von uns gemachten Gesetze gehören zu den wirklichen Zukunftsinvestitionen Deutschlands. Mit diesem Wissen, diesem Selbstbewusstsein müssen wir auftreten.

Ich möchte Ihnen dafür ein paar Beispiele nennen:

Erstens Energieeffizienz. Jeder Euro in diesem Bereich senkt die Rechnung D für den Import von Öl, Gas, Kohle und Uran. Jeder Euro in diesem Bereich senkt die Energierechnungen bei der Verbraucherinnen und Verbraucher. Jeder Euro in diesem Bereich schafft viel mehr Arbeitsplätze als die bisherige Form zu wirtschaften. Und deswegen freue ich mich, dass die BR wegen der hohen Nachfrage zusätzliches Geld für das Programm zur energetischen Gebäudesanierung zur Verfügung stellt.

Und das ist das zweite Beispiel: Umweltpolitik ist ein Jobknüller. Jüngstes Beispiel sind die erneuerbaren Energien. 170.000 Menschen arbeiten dort bereits in D, in wenigen Jahren könnten es 500.000 sein. Wir sind Weltmarktführer, innerhalb weniger Jahre ist eine ist in D eine exportstarke Industrie entstanden. Und diese Energien werden immer billiger. Lassen Sie uns diese Erfolgsstory auf den Bereich der Wärme- und Kälteerzeugung aus EE ausdehnen.

Drittens: Umweltpolitik verringert externe Kosten. Weil wir nachträglich zu beseitigende Schäden verhindern. Schon vor einigen Jahren hat das UBA festgestellt, dass – mit Ausnahme der PV – bereits alle geförderten EE mehr gesellschaftliche Kosten einsparen als die Förderung kostet.

Viertes Beispiel: Lärm. Lärm macht krank, Lärm kostet Leistungsfähigkeit. Wer einmal erlebt hat, wie Kinder in Einflugschneisen von Flughäfen, an intensiver genutzten Straßen und Eisenbahnen unter den Folgen von Lärm leiden, dem kann das Thema nicht egal sein. Hier geht es um die Zukunftschancen und die Gesundheit dieser Kinder.

Das muss endlich ein klareres Thema für die Politik werden. Dazu gehört, dass das Fluglärmgesetz nicht verwässert, sondern verschärft wird. Wo sonst kann denn Lärmschutz besser finanziert werden als bei der boomenden Flugbranche?

Ein besonderes Thema im Lärmschutz sind bestehende Verkehrsstrassen. Bei Neubauten gelten ohnehin verschärfte Grenzwerte. Aber wir brauchen endlich noch mehr Anstrengungen für den Schutz der Menschen an bestehenden Strecken, die vor allem wegen dem zunehmenden Güterverkehr immer mehr belastet werden.

Die Erhöhung der Mittel im Bundeshaushalt im Lärmsanierungsprogramm war ein erster Schritt. Verhältnis 10 Mrd. zu 100 Mio. € unzeitgemäß. Wenn mehr Geld zur Verfügung steht, können wir nicht nur Lärmschutz nachrüsten, sondern auch für mehr Lärmschutz forschen. Lärmarmen Asphalt, lärmarme Turbinen, lärmarme Bremssysteme, lärmarme Brückenübergänge. Weniger Lärm ist möglich.

Insbesondere müssen europäische Lösungen her, weil die Flugzeuge, Lkw und Güterzüge in D nicht nur aus D kommen. Ein Beispiel dafür sind Güterzüge. Wir brauchen eine Änderung europäischen Rechts, um über differenzierte Trassenpreise Druck auf lärmärmere Fahrzeuge machen zu können.

Wer über Umweltschutz, Geld und Volkswirtschaft redet, kommt am Thema Energie nicht dabei.

Die großen Energieversorger haben erneut Anhebungen ihrer Strompreise angekündigt. Angeblich seien höhere Weltmarktpreise daran schuld. Warum sind dann aber die Endkundenpreise in D dort am höchsten, wo ein besonders großer Anteil Atomenergie oder Braunkohle eingesetzt werden, also in BaWü und Ostdeutschland, obwohl AKW und Braunkohle gar nicht von Weltmarktpreisen abhängen?

Die Weltmarktpreise u.a. für Öl sind also nicht der Preistreiber für Strom in D, übrigens auch nicht die staatlichen Abgaben, die seit 2003 nicht mehr gestiegen sind, während die Strompreise seitdem besonders dreist angehoben wurden.

Das Oligopol bei der Stromerzeugung ist der Grund. E.on, RWE, Vattenfall und EnBW teilen sich zu über 80% den Markt auf. Diese Monopolisten manipulieren damit den Wettbewerb und die Börsenpreise.

Die Netzentgelte zu regulieren ist richtig, die Endpreise zu regulieren, bei dem Stadtwerken nichts anderes übrig bleibt, als die überhöhten Strompreise ihrer Lieferanten weiter zu geben, bringt gar nichts.

Die Politik muss bereit sein, das Oligopol zu brechen. Wir müssen jedes Gesetz im Bereich der Energiewirtschaft darauf prüfen, ob es mehr Wettbewerb bei der Stromerzeugung fördert oder verhindert.

Das gilt für die Ausgestaltung des Emissionshandels ... die Förderung von KWK ... die Förderung der EE ... die Förderung von Energieeffizienz ... aber auch den Atomausstieg ...

Der Bundestag muss einen Monopol-TÜV für die Energiepolitik einführen. Mit einem klaren Ziel: Die größten drei bis vier Stromerzeuger max. 50%, der größte maximal 25%

Dann klappt das auch wieder mit den Strompreisen